

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

E/XX/10

Bonn, den 15. Januar 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Endlich !</u> Ein auch ein Abrüstungsamt in Bonn	34
2 - 2a	<u>Die erste Woche</u> Ein Eingeständnis der Ohnmacht Von Franz Barsig	62
3	<u>Vorläufige Haushaltsführung für das Rechnungsjahr 1965</u> Ein möglicher Konfliktfall gegeben	42
4	<u>Selbsthilfe für Bauernwirte</u> Kubels "Maschinenring"-Initiative	52
5 - 6	<u>Zentraler Exportgüterverteiler in Hamburg</u> 60-Millionenprojekt entsteht im Hamburger Hafen - Neue Hafen-Rekorde Von Rudolf Hornig	68

+ \* \*

Endlich

Wun auch ein Abrüstungsamt in Bonn

sp - Endlich ist es so weit. Nach jahrelangen Bemühungen der Sozialdemokratie hat sich auch bei den Parteien der Regierungskoalition die Erkenntnis durchgesetzt, daß die Bundesrepublik einen konstruktiven Beitrag zu allgemeinen Abrüstungsmaßnahmen leisten muß, wenn ihre Beteuerungen, wir wünschten die Entspannung, ernst genommen werden sollen. Mit berechtigter Genugtuung konnte der Vorsitzende der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, Fritz Erler, in Berlin feststellen, CDU/CSU und FDP seien zwar noch nicht bereit, daß ein seit zehn Jahren von der SPD gefordertes Abrüstungsamt eingerichtet wird, sie wollten aber eine erhebliche Verstärkung der bisher mit diesen Fragen befaßten Dienststelle befürworten. Während die SPD-Fraktion verlangte, die Bearbeitung des gesamten Komplexes Abrüstung müsse dem Bundeskanzleramt unterstellt werden, meinten die Regierungsparteien, es genüge, wenn man das für später vorgesehene Abrüstungsamt zunächst dem Auswärtigen Amt angliedere.

Immerhin ist durch diese Entscheidung der zuständigen Bundestagsausschüsse der Weg zu einer gewissenhafteren Bearbeitung aller Abrüstungsfragen geebnet worden; die organisatorische Standortbestimmung eines Abrüstungsamtes wird sicher bald erfolgen, wenn man entsprechende Erfahrungen gesammelt hat. Schon in der nächsten Woche wird sich voraussichtlich der Bundestag mit einem entsprechenden Antrag beschäftigen.

Diese Entscheidung der zuständigen Bundestagsausschüsse ist von außerordentlicher politischer Bedeutung. Bei unseren westlichen Alliierten beschäftigen sich schon seit langen namhafte Experten mit der Vorbereitung von Abrüstungsvorschlägen. In der Bundesrepublik dagegen hat man sich bisher mit einer kleinen "Dienststelle" begnügt, die eigentlich nur die Aufgabe hatte, Abrüstungsvorschläge anderer Regierungen zu analysieren, nicht aber eigene deutsche Abrüstungsvorschläge zu entwickeln.

Die in Berlin angekündigte Entscheidung dürfte dazu beitragen, die Abstinenz gewisser deutscher Politiker, auch einmal über Abrüstungsprobleme zu diskutieren, aufzuheben. Ferner ist damit zu rechnen, daß man außerhalb Deutschlands eher bereit sein wird, den Wunsch der überwältigenden Mehrheit unseres Volkes nach Entspannung zur Kenntnis zu nehmen.

Die erste Woche

Ein Eingeständnis der Ohnmacht

Von Franz Earsig

Noch haben wir alle die schönen Vokabeln im Ohr, die von der Bundesregierung und der Koalition im Geleit der Weihnachts- und Neujahrglocken mitschwangen: Einigkeit, Zielstrebigkeit, klarer Kurs, Geradlinigkeit, und wie sie sonst alle heißen mögen. Drei Wochen sind seit dem vergangen, die erste parlamentarische Arbeitswoche geht heute zu Ende. Was ist übrig geblieben? Nichts, aber auch nichts. Was 1964 das Regierungslager beherrschte, gilt auch für 1965: Wirrwarr, Leerlauf, bloße Betriebsamkeit, Uneinigkeit und Durcheinander.

Wie ist die Bilanz dieser ersten Woche?

1. Hat die Bundesrepublik Deutschland überhaupt noch einen Außenminister? Jedenfalls hat sie keinen Effizienten, denn er wird nach Strich und Faden von Kräften aus der eigenen Partei fertiggemacht. Wenn man von Südamerika absieht, ist das ohne Beispiel. Und es jubeln noch die Toren, daß er in Rambouillet vor der Tür gelassen wird. Fast möchte man meinen, Frankreich herrsche noch als Besatzungsmacht, so willfährig ist man, einem anderen Staat mißliche Personen abschleppen zu helfen.
2. Haben wir noch einen Bundeskanzler? Er sieht diesen Treiben tatenlos zu, verkündet im Sportpalast in Berlin Plattheit auf Plattheit, sieht das Durcheinander in seinem eigenen Laden und schweigt. Nicht aus Klugheit, sondern aus Feigheit vor den eigenen "Freunden".
3. Haben wir noch eine Regierungskoalition? Nein, denn sie hat die ganze Woche davon gelebt, sich gegenseitig das Wasser abzugraben. Die einen basteln an Wahlgesetzen, um den Koalitionspartner politisch zu ermorden, die anderen halten Reden, daß sie zwar die Koalition fortsetzen wollen, aber nicht mit Franz Josef Strauß. Jäger bescheinigt der FDP, daß sie Lärm veranstaltet, weil Leistungen fehlen, die FDP bescheinigt der CDU/CSU Mangel an Klarheit. Aber dann stellt sich Herr Barzel hin und sagt, wenn sich die gute Zusammenarbeit so weiter fortsetzt, werde man weiter koalieren. Welche Begriffsverwirrung über das kleine und so schlichte Wort "gut".

4. Verfügt diese Koalition noch über ein Sachprogramm? Nein, die Barzel'sche Dringlichkeitsliste ist, wenn man bedenkt, was darin fehlt, ein Eingeständnis der Ohnmacht. Wo bleibt die Neuregelung der Krankenversicherung? Was geschieht mit der Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle? Stingl sagt, es wird weiterverfolgt, aber in der Liste von Barzel war es nicht enthalten. Von den nicht gehaltenen Versprechungen in den drei Regierungserklärungen von Erhard ganz abgesehen.
5. Wird es eine deutsche Initiative geben? Man kann nur ein großes Fragezeichen dahinter setzen. Strauß sagte, obwohl er es jetzt abzuschwächen versucht, am Donnerstag wörtlich, daß "weitere Diskussionen über Deutschland-Gespräche mit dem Osten vorläufig unmöglich" sind. Parteifreund Guttenberg ist völlig anderer Auffassung. Der Kanzler lebt von der Forderung nach der deutschen Initiative, ohne sagen zu können, wie sie aussehen soll. Hält sie der Bundesaußenminister für sinnlos, wie seine eigenen Parteizeitungen unablässig berichten?
6. Ist die FDP so kraftvoll, wie sie tut? Im Wirbel veranstalten ist sie groß, aber warum setzt denn Vizekanzler Mende nicht alles das im Kabinett durch, was er während der Winterreise verkündet? Hat er sich im Kabinett für eine Plenarsitzung des Bundestages in Berlin eingesetzt? Warum setzt er dort politisch nicht durch, daß eine Parlamentarierdelegation nach Moskau reise? Sicherlich sind formal immer andere Beschlüßgremien zuständig, aber Politik wird nicht auf Winterreisen, sondern dort gemacht, wo man Verantwortung zu tragen hat. Dort aber schweigt er.

Dieses ganze Desaster kommt nicht von ungefähr. Diese Koalition hat sich in ihrer "Zusammenarbeit" seit 1949 - kleine Unterbrechungen nicht gerechnet - verbraucht. Sie kann sich noch, weil der Wahltag immer näher kommt, über die Runden retten, aber nur noch mit - um in der Boxersprache zu sprechen - Klammern und mit Haken und Ösen.

Das alles ist für die Opposition kein Grund zum Jubeln. Für die deutsche Bevölkerung ist es gut zu wissen, daß es eine stabile Kraft gibt, die SPD. Diese Koalition aber haben wir satt. So satt!

Vorläufige Haushaltsführung für das Rechnungsjahr 1965

Ein möglicher Konfliktfall gegeben

H.L. - Das Rechnungsjahr für den Bundeshaushalt 1965 hat am 1. Januar begonnen. Das Haushaltsgesetz 1965 wird jedoch noch im Bundestag beraten und daher erst nach Beginn des Rechnungsjahres verkündet werden können. Für diesen Fall tritt das sogenannte Nothaushaltrecht nach Art. 112 GG in Kraft.

Danach ist die Bundesregierung ermächtigt, alle Ausgaben zu leisten, die nötig sind, um gesetzlich bestehende Einrichtungen zu erhalten und gesetzlich beschlossene Maßnahmen durchzuführen sowie um die rechtlich begründeten Verpflichtungen des Bundes zu erfüllen und ferner, um Bauten, Beschaffungen und sonstige Leistungen fortzusetzen oder Beihilfen für diese Zwecke weiterzugewähren.

Auf dieser Basis hat der Bundesfinanzminister den obersten Bundesbehörden Anweisungen gegeben, nach denen die Haushaltswirtschaft des Bundes vorläufig zu führen ist. Für die Exekutive ist danach z.B. nicht der Ansatz des Regierungsentwurfs für 1965, sondern ein entsprechender Ansatz im Bundeshaushaltsplan 1964 bzw. das Ergebnis der Beratungen im Haushaltsausschuß des Bundestages zum Entwurf 1965 maßgebend, wenn diese niedriger sind. Haushaltsansätze, die gegenüber dem Haushaltsplan 1964 im Regierungsentwurf 1965 oder nach dem Ergebnis der Beratungen im Haushaltsausschuß weggefallen sind, dürfen im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung nicht mehr bedient werden. Diese Anweisungen an die obersten Bundesbehörden sind zu begrüßen, da sie die Rechte der Legislative bis zum Zeitpunkt der endgültigen Feststellung des Haushaltsgesetzes 1965 respektieren.

Bedenklich dagegen ist die Anordnung des Bundesfinanzministers, wonach Mittel, die im Regierungsentwurf des Bundeshaushaltsplanes 1965 erstmals veranschlagt sind (also in dem durch Gesetz festgestellten Etat 1964 noch nicht enthalten waren), im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung bereits in Anspruch genommen werden dürfen - wenn auch mit der Einschränkung, daß sie der vorherigen Zustimmung des Bundesfinanzministers bedürfen.

Diese Vorschrift bedeutet eine Auslegung der Verfassungsvorschrift zu Gunsten der Exekutive, die den gesetzgeberischen Beschlüssen vorgreift. Hier könnte der Konfliktfall eintreten, daß das Parlament später die Zustimmung zu den von der Regierung im Entwurf neu angeforderten und von der Exekutive im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung bereits beanspruchten Mittel verweigert. Die bereits erfolgte Ausgabe war dann keine Planausgabe; sie könnte höchstens noch als außerplanmäßige Ausgabe nach Art. 112 GG legalisiert werden, so sie die Voraussetzungen des "unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses" erfüllt.

Selbsthilfe für Bauernlandwirte

Kubels "Maschinenring"-Initiative

H.B. - Wenn im Wirtschaftsteil der Frankfurter Allgemeinen Zeitung uneingeschränkter Beifall für eine Initiative gezollt wird, die einem sozialdemokratischen Minister "gutgeschrieben" werden kann, so darf man dies durchaus positiv registrieren. Das jüngste Lob, das die FAZ einem Sozialdemokraten zollte, gilt dem niedersächsischen Landwirtschaftsminister Alfred Kubel. Sein Ministerium hat, nach sehr gründlicher Vorbereitung, zu Beginn des neuen Jahres damit begonnen, die Gründung neuer sogenannter "Maschinenringe" oder "Maschinenbanken" in der niedersächsischen Landwirtschaft mit Landesmitteln zu fördern.

In Niedersachsen tut sich keineswegs ein "Paß ohne Boden" auf; vielmehr denken Alfred Kubel und seine Mitarbeiter ausschließlich daran, der Landwirtschaft sinnvolle befristete Starthilfen zu gewähren, also eine "Hilfe zur Selbsthilfe" durch eine Art von Initialspritze in die Wege zu leiten.

In wenigstens zwei niedersächsischen Landkreisen waren schon bisher derartige "Maschinenbanken" tätig; sie haben der angeschlossenen Betrieben seither beachtliche Kostereinsparungen und zusätzliche Einnahmen gebracht. Da das Vermeiden von Beklinvestitionen und der rationelle Einsatz des kostspieligen Maschinenpark auch entscheidend dazu beitragen kann, den Einkommensrückstand der Landwirtschaft zu anderen Wirtschaftsgruppen zu verringern, hat das Landwirtschaftsministerium in Hannover sich entschlossen, die Gründung von Maschinenringen zielstrebig zu fördern. Weil der Grundsatz der Selbsthilfe auf keinen Fall angetastet werden soll, beschränkt sich die Förderung darauf, die Initiative der Bauernschaft anzuspornen und zu erleichtern. Vorgesehen sind diese Landeszuschüsse für das Zusammenwirken von Landwirten, die ihre im Einzelbesitz befindlichen Landmaschinen samt ihrer Arbeitskraft in anderen zur ihrem "Maschinenring" gehörenden Betrieben gegen ein listenmäßig festgelegtes Entgelt einsetzen oder bei sich solche Arbeiten ausführen lassen. Im ersten Jahr erhalten die Ringe einen Zuschuß von 4.000 DM, im zweiten Jahr 2.400, im dritten Jahr 1.800 und im vierten Jahr noch 1.200 DM; dann sollen die Zusammenschlüsse sich selber tragen.

Die FAZ meint, Niedersachsen lege das Geld mit diesen zeitlich begrenzten Starthilfen gut an, da sie helfen könnten, volkswirtschaftlich unerwünschte Fehlinvestitionen im landwirtschaftlichen Maschinenpark zu verhüten. Der Nutzen dürfte aber, das zeigten die ersten Maschinenbanken schon recht deutlich, geht aber noch weiter. Beispielsweise werden viele Bauern mit ihren genügend ausgenützten Maschinen künftig bei den Kollegen das verdienen können, was ihnen die eigene kleine Betriebsfläche an ausreichendem Einkommen verweigert. Deshalb können, wie Minister Kubel meint, die Maschinen-Gemeinschaften auch Wegbereiter für eine wirtschaftlich und sozial bessere Zukunft der bäuerlichen Bevölkerung werden. Das neue System hilft nämlich auf einfache Weise eines der schwierigsten Agrarprobleme überhaupt lösen: die Herbeiführung der Harmonie zwischen den Produktionsfaktoren Boden, Arbeit und Kapital, da die bestmögliche Rentabilität gewährleistet wird. Und die politische Bedeutung der Zusammenschlüsse freier Bauern liegt darin, daß es das marktwirtschaftliche Gegenstück zu den Zwangskollektiven im Osten bildet: der freie, selbständige Bauer auf eigenem Grund und Boden bleibt, aber die Vorteile einer arbeitsteiligen Zusammenarbeit werden voll erschlossen. Auch deshalb darf man Minister Kubel für seine Initiatalzündung ein Wort des Danken und der Anerkennung sagen.

### Zentraler Exportgüterverteiler in Hamburg

60-Millionenprojekt entsteht im Hamburger Hafen - Neue Hafen-Rekorde

(rh) Auf der derzeit größten Baustelle des Hamburger Hafens sind bereits riesige Lagerhallen, Kaimauern, Dalbenreihen und Gleisanlagen zu erkennen - der neue zentrale Verteilerschuppen für Export-Sammelgüter im Hamburger Hafen wird planmäßig fertiggestellt. Die Inbetriebnahme dieses gewaltigen zentralen Exportgüterverteilers ist für Ende 1966 vorgesehen, die Kosten werden sich auf 61,4 Millionen DM belaufen.

#### Massenabfertigung als Ziel

Die Verteilungsanlage ist auf einen Jahresverkehr von 500.000 t zugeschnitten. Sie wird über eine überdachte Fläche von insgesamt 86.000 qm an Annahme- und Lagerschuppen verfügen. Man wird gleichzeitig 100 Waggons, 40 Lkw und zwei Binnenschiffe abfertigen können. Für die Verteilung der Exportgüter auf die einzelnen Seeschiffe im Hafengebiet werden zur gleichen Zeit 90 Hafenschuten unter einer überdachten Kaistrecke einen Liegeplatz haben. Ausgestattet wird die Anlage selbst mit 120 Gabelstaplern, 40 Schuppenschleppern und 400 Anhängern sowie mit Stapelregalen für 11.500 Palettenplätze mit 28.000 Paletten, einer Rohrpostanlage und Ruf- und Wechselsprecheinrichtungen. Die bisherigen dezentralisierten Annahmeschuppen im Hafengebiet für Exportgüter werden durch den Neubau für die Linienschifffahrt freigegeben, der hafeninterne Transport wird rationalisiert.

Mit dem Bau wurde 1961 begonnen, als die Zustimmung der Hamburger Bürgerschaft vorlag. Neben Räum- und Baggerarbeiten mußten auf dem neben den Elbbrücken und in der Nähe der Autobahnauffahrt gelegenen Gelände etwa 1,5 Millionen Kubikmeter Elbsand aufgespült werden. Neu errichtet wurde eine 700 m lange Kaimauer.

#### Immer mehr Abfahrten in alle Welt

Wie weitplanend der Bau dieses zentralen Exportgüterverteilers ist, kann man schon heute aus der Tatsache ablesen, daß sich das Netz der regelmäßigen Schifffahrtslinien, die den Hamburger Hafen mit aller Welt verbinden, ständig weiter verdichtet. Im Juli gab es nach den jetzt vorliegenden statistischen Unterlagen das bisher höchste Monatsergebnis im Hamburger Linienverkehr. Es wurden 807 fahrplanmäßige Ab-

fahrten verzeichnet, an denen 264 Liniendienste mit einer Tonnage von 1,5 Millionen NRT beteiligt waren. Der Monatsdurchschnitt an Abfahrten des vergangenen Jahres wurde durch das Juli-Ergebnis um 116 Abfahrten übertroffen.

- \* Das Schwergewicht der so gesteigerten Abfahrtfrequenz lag auf
- \* überseeischen Relationen. Insgesamt sind im Juli 389 Linien-
- \* schiffe von Hamburg nach außereuropäischen Häfen ausgelaufen.
- \* 101 Abfahrten gingen nach Afrika, 28 Abfahrten nach dem Nahen
- \* Osten, 24 Abfahrten nach Indien, Pakistan, Ceylon, Burma und
- \* Malaysia, 36 Abfahrten nach Ostasien, 80 Abfahrten nach Nord-
- \* amerika, 59 Abfahrten nach Mittelamerika, 45 Abfahrten nach
- \* Südamerika und 15 Abfahrten nach Australien und Ozeanien. Nach
- \* europäischen außerdeutschen Häfen wurden 328 Schiffe abgefer-
- \* tigt, im innerdeutschen Seeverkehr 90 Schiffe. Die Exportmög-
- \* lichkeiten für die europäische Wirtschaft waren also umfassend,
- \* die Abfertigung entsprach allen Anforderungen eines "schnellen
- \* Hafens".

#### Auch im September Rekordumschlag

Mit Befriedigung und Zuversicht meldet der Hamburger Hafenbericht, daß die günstige Entwicklung im Hamburger Jubiläumsjahr weiter anhält und daß auch der September eine Steigerung des Hafenumschlags gebracht hat. Im September wurden in Hamburg 2,76 Millionen Gütertonnen umgeschlagen, das sind um 350 000 t oder 15 Prozent mehr als im September des Vorjahres. Der für einen Hafen so wichtige Stück- und Sackgutverkehr war an dieser Zunahme mit 50 000 t beteiligt. Gegenüber dem August 1964 hat sich der Güterumschlag um weitere 62 000 t erhöht. In den ersten neun Monaten dieses Jahres wurde im Hamburger Hafen ein Umschlagvolumen von 26,55 Mill. t verzeichnet. Das sind bereits 1,82 Mill. t oder 7 Prozent mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Nach den Feststellungen der Hamburger Hafenbetriebsdirektion haben zu dieser Verkehrsbelebung zu einem wesentlichen Teil die umfangreichen Getreidelieferungen beigetragen, die über Hamburg in die Tschechoslowakei, nach Ungarn und in die Sowjetzone abgewickelt wurden. Der Umschlag von Erzen, Kohle und anderem Greifergut hat sich auf Vorjahrshöhe gehalten, die Mineralölaufuhren waren wegen des geringeren Bedarfs in den letzten Weihnachtsmonaten leicht rückläufig. Für den Hafen und für die Linienschifffahrt ist es jedoch von besonderer Bedeutung, daß der Stück- und Sackgutverkehr gegen das Vorjahr bisher um 550 000 Tonnen zugenommen hat.